

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Emmegebiet

Verbreitungsorte außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Ruppberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beilitz, Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 43	Inseratpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig für Behörden, Finanzangelegenheiten und auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.	Halber Montag, den 20. Februar	Erstein werktätlich	1933
			Mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich Mk. 1.85 einschl. 80 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — Postcheckkonto: Dortmund 2941.	

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Die erste Verordnung des Reichspräsidenten zur Milderung von Härten in den Sozialversicherungen und in der Reichsversicherung ist veröffentlicht worden.
- * Die Zölle für Holz sind neu geregelt worden, um die schwer leidende Forstwirtschaft zu schützen.
- * Über die Zusammenstöße in Gießen hat der Oberstaatsanwalt in Halle einen zusammenfassenden Bericht veröffentlicht.

Ein Ultimatum.

„Zur restlosen Durchführung der vorstehend angegebenen Maßnahmen wird eine Frist von zwei Wochen, beginnend mit dem Datum der vorliegenden Mitteilung, festgesetzt“, — das haben die Regierungen Frankreichs, der Kleinen Entente und Englands der österreichischen Regierung sagen lassen. Das ist nichts anderes als ein Ultimatum. Von einem italienischen Industriellen waren — angeblich — 50 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre, die von den im November 1918 zurückgelassenen Österreichern an der Front liegen gelassen waren, an eine österreichische Waffenfabrik zwecks Reparatur gesandt worden. Die österreichische Regierung ist der Ansicht, daß diese „Waffeneinfuhr“ keineswegs irgendwie gegen die Bestimmungen des Völkerrechts von St. Germain verstoße. Frankreich und die Kleine Entente glauben aber annehmen zu dürfen, daß diese Waffeneinfuhr von Italien an Ungarn gehen soll. Später ergab sich, daß es sich um den Auftrag einer schweizerischen Fabrik in Solothurn handelte, die die Waffenreparatur vor etwa zwei Monaten der österreichischen Gewehrfabrik in Auftrag gegeben hatte, wobei ein Teil davon bei der Einfuhr in Österreich als Altschrott deklarieren worden sei. In Prag erklärte der österreichische Gesandte, die Übernahme der Waffenreparatur widerspreche weder dem Friedensvertrag von St. Germain noch dem österreichischen Kriegsgerätegesetz. Allerdings, so fügte der Prager Gesandte Österreich hinzu, verhehle die Wiener Regierung nicht, daß die Waffen dann eventuell nach Ungarn weitergehen würden. Frankreich und die Kleine Entente haben dann aber dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß schon Mitte Januar zu verstehen gegeben, man nehme in Paris, Prag, Belgrad und Bukarest an, die nach der Waffenfabrik in Hirtenberg gesandten Gewehre seien dazu bestimmt, die österreichischen Heimwehren weit über das Maß hinaus zu bewaffnen, wie es im Vertrag von St. Germain festgelegt sei. Es muß dabei bemerkt werden, daß jener Vertrag für Österreich ein Heereskontingent von nur 30 000 Mann festsetzte, die österreichische Bundeswehr heute aber aus finanziellen Gründen nur über ungefähr 18 000 Mann verfügt.

Ende Januar unternehmen die Vertreter Englands und Frankreichs in Wien einen energetischen diplomatischen Schritt: Sie fragten an, ob der Waffentransport mit Wissen und Willen der österreichischen Regierung durchgeführt sei, — was insofern verneint wurde, als die Bundesregierung erklärte, nicht unterrichtet worden zu sein. Die Zollämter natürlich wurden ins Bild gesetzt. Ferner wurde erklärt, daß es sich um 50 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre handelte, die aus der italienischen Kriegsbeute herrühren und Waffen der ehemaligen österreichischen Armee seien. Die Wiener Regierung antwortete außerdem, daß die Sendung in die Waffenfabriken von Steyr und Hirtenberg gegangen sei, wobei die österreichischen Behörden allerdings nicht wüßten, ob die Waffen für — Ungarn bestimmt wären! Die Waffen selbst, die lediglich vom Rost gereinigt werden sollten, befanden sich noch in den beiden Fabriken.

Englands und Frankreichs Botschafter und die Gesandten der Kleinen Entente erklärten sich mit dieser Antwort der österreichischen Regierung aber als nicht befriedigt. Eine neue Demarche erfolgte in Wien, und zwar des Inhalts, daß von der österreichischen Regierung verlangt wurde, sie solle sofort jene Waffen dorthin zurückschicken, woher sie gekommen wären. Falls das nicht möglich sein sollte, müßte die österreichische Regierung zur Zerstörung der Waffen schreiten und sie habe den Vertretern Frankreichs und Englands „den Beweis der Rücksendung oder der Zerstörung der Waffen liefern“. Da die Frist für diese Beweislieferung auf 14 Tage festgesetzt worden ist, so ist jene Forderung der englischen sowie der französischen Regierung nichts als ein Ultimatum. Verschärft wird diese Forderung noch dadurch, daß die englisch-französische Note verlangt, die österreichischen Bundesbehörden hätten ihre Erklärungen unter Eid abzugeben!

Man muß ungefähr zehn Jahre zurückgehen, um für dieses Vorgehen der „Siegermächte“ eine nachkriegsgeschichtliche Parallele zu finden. Auch der Einbruch in das Ruhrgebiet erfolgte, weil Deutschland angeblich gegen eine Bestimmung des Versailler Vertrages verstoßen hätte. Einen solchen Vorwurf macht man nun auch der Regierung Österreichs. Nicht genug, daß Österreich von der Entente finanziell in die Zange genommen worden ist, — man macht das gleiche jetzt auch auf politischem Wege! Und es gibt immer noch einen Völkerverbund, in dessen Statuten unter anderem auch von dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker die Rede ist.

Zu der in Wien am 11. Februar überreichten englisch-französischen Note wird in Berliner politischen Kreisen erklärt: „Die Note ist nach Form und Inhalt unerhört. Es handelt sich dabei um eine glatte Vergewaltigung eines kleinen Staates. Ganz unverständlich.“

Ackerbau' Gerstenbau' Fischzucht

Schutz der heimischen Wirtschaft.

Neue Zollerhöhungen.

Der Deutsche Reichsanzeiger vom 18. Februar veröffentlicht eine auf Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Eugen Berg, vom Reichskabinett beschlossene Verordnung über Zollmaßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Fischerei. Sie enthält insbesondere Maßnahmen für den Acker- und Gartenbau, für die Vieh- und Milchwirtschaft, für die Fischerei und für die Bienenzucht. Im einzelnen ist folgendes besonders hervorzuheben:

Maßnahmen auf dem Gebiete des Ackerbaues:

Um eine vernünftige Verteilung der agrarischen Produktion auf die einzelnen Betriebszweige zu erreichen und einem übersteigerten Getreideanbau entgegenzuwirken, ist es erforderlich, den Anbau insbesondere derjenigen Erzeugnisse rentabel zu gestalten, für die in Deutschland zur Zeit noch ein Zuschußbedarf besteht. Zu diesem Zwecke werden in der vorliegenden Verordnung als erste Maßnahmen die Zölle für Buchweizen, Spelzgerste, Futterbohnen und Lupinen erhöht, und außerdem im Interesse der Förderung der Grünlandwirtschaft die Erzeugung deutscher Grassaaten durch angemessenen Zollschutz gegenüber der preisdrückenden Einfuhr nicht immer geeigneter ausländischer Saaten geschützt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die für den deutschen Boden und das deutsche Klima besonders geeigneten deutschen Grassaaten wieder in verstärktem Maße angebaut werden können. In der gleichen Richtung geht die Erhöhung des Zolles für Grünfutter und Heu.

Auf dem Gebiete des Gartenbaues

sind die Zölle für Rot-, Wirsing- und Weißkohl erhöht worden, wobei allerdings für letzteren die noch bestehenden handelsvertraglichen Bindungen das Wirksamwerden des Zollschutzes für bestimmte Jahreszeiten noch nicht ermöglicht.

Auf dem Gebiete der Vieh- und Milchwirtschaft

sind die Zölle für rohes Schweine- und Gänsefett, für Flomen und Premier Fats sowie für Rindertalg entsprechend geregelt worden. Ferner ist für Tafelläse eine Erhöhung des Zollschutzes vorgenommen worden.

See- und Binnenfischerei.

Weiter werden in der Verordnung die Zölle für die Erzeugnisse der See- und Binnenfischerei neu geregelt. Die deutsche Hochsee- und Küstentischerei befindet sich in außerordentlich schwieriger Lage, weil auf der einen Seite die Einfuhr von Seefischen aus untervalutarischen Ländern stark zugenommen hat und die Preise auf den deutschen Märkten unter die Rentabilitätsgrenze herabgedrückt werden, während andererseits infolge der Absperrungsmaßnahmen anderer Länder bedeutungsvolle Ausfuhrmöglichkeiten verlorengegangen sind. Die Folge dieser Zustände ist gewesen, daß die deutsche Hochseefischerei einen großen Teil ihrer Fahrzeuge — zeitweise bis zu 75 Prozent — stilllegen mußte, und daß die Küstentischerei in bitterster Notlage befindet. Das Ziel der neuen Regelung ist, durch die Sicherung der deutschen Märkte die Wiederinbetriebsetzung der deutschen Fischdampfer und damit die Beseitigung der starken Arbeitslosigkeit in diesem Berufsbranche zu ermöglichen.

und den kleinen Küstentischern einen einigermaßen lohnenden Absatz ihrer Fische zu schaffen.

Auch die deutsche Binnenfischerei befindet sich in schwerster Notlage, da sie infolge der preisdrückenden Einfuhr aus dem Auslande für ihre Erzeugnisse nur Preise erzielen konnte, die weit unter den Friedenspreisen liegen und die Gefühnagskosten in keiner Weise mehr decken. Wenn hier eine Abhilfe geschaffen werden sollte, so müßten wirksame Zölle festgesetzt werden. Eine entsprechende Regelung ist auch für die Zölle für zubereitete Fische erfolgt.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird im Einvernehmen mit den beteiligten Produktionszweigen dafür Sorge tragen, daß die Gebiete, die bisher sich zu einem erheblichen Teil mit ausländischen Fischen versorgten, in Zukunft in ausreichendem Maße mit deutschen Fischen beliefert werden.

Bienenzucht.

Als Ergänzung der in der letzten Zeit getroffenen organisatorischen Maßnahmen zur Förderung des Absatzes deutschen Bienenhonigs wird der Zoll für Honig auf 80 Mark je Doppelzentner erhöht, um die besonders im Interesse des deutschen Obstbaues notwendige Hebung der Bienenzucht gegenüber den preisdrückenden Einflüssen der Einfuhr ausländischen Bienenhonigs zu gewährleisten.

Hilfe für Forstwirtschaft und Arbeitsmarkt.

Neuregelung der Holzpreise.

Im Deutschen Reichsanzeiger wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Zölle für Holz neu geregelt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die Erhöhung des Zolles für hartes Rundholz auf 36 Pfennig und für stärkeres Nadelrundholz auf 40 Reichspennig je Doppelzentner. Dementsprechend sind die Zölle für Schnittholz aus hartem Holz auf drei Reichsmark und für solches aus Nadelholz auf 2,50 Mark je Doppelzentner festgesetzt. Die Zölle für Holzwaren sind entsprechend gestaltet worden.

Diese Zollerhöhung war notwendig, um der schwer notleidenden deutschen Forstwirtschaft in stärkerem Maße, als das bisher möglich war, den deutschen Markt zu sichern und überflüssige Einfuhren fernzuhalten. Die durch diese Maßnahme zu erwartende Verbesserung des Absatzes für deutsches Holz wird auch zu einer günstigen Beeinflussung der Preise führen, die zur Zeit nur etwa auf der Hälfte der Friedenspreise liegen. Dadurch wird nicht nur der privaten Forstwirtschaft geholfen, sondern auch den Ländern und Gemeinden, in deren Besitz etwa 50 Prozent der gesamten Waldbäche sind und die infolge der bisherigen niedrigeren Preise nicht mehr wie bisher Einnahmen aus ihrer Forstwirtschaft hatten, sondern sogar aus allgemeinen Steuergeldern erhebliche Zuschüsse leisten mußten.

Die Bemessung des neuen Schnittholzpreises wird ferner die Beschäftigungsmöglichkeit in der Sägeindustrie wesentlich heben und damit von unmittelbarer Wirkung auf den Arbeitsmarkt sein, der gerade in der Holzindustrie einen besonders hohen Hundertsatz von Arbeitslosen aufweist.

Die Aemterzusammenlegung gescheitert?

Nat.-Soz.-Minister Göring stoppt das große Reformwerk ab.

Berlin. Die Zusammenlegung der Aemter in Rheinland und Westfalen — eine seit Jahrzehnten schwebende große Reformaufgabe — sollte mit dem 1. April 1933 in Kraft treten. Die Vorarbeiten dafür hat ein besonders bestellter Staatskommissar mit dem Sitz in Köln, Landrat z. D. Hutter, in Verbindung mit den zuständigen Verwaltungsbehörden in den letzten Monaten durchgeführt. Die Arbeiten waren bereits so weit gediehen, daß die Vorschläge des Staatskommissars bereits zum größten Teil in Berlin vorliegen.

Nunmehr ist in letzter Stunde die ganze Aktion eingestellt worden. Der Reichskommissar im preussischen Innen-

ministerium Göring hat die Aemterzusammenlegung widerrufen. Damit sind die umfangreichen Vorarbeiten, die für Hunderte von Aemtern geleistet werden mußten, nutzlos geworden.

Der Erlaß des Innenministeriums, der die Einstellung der Arbeiten verfügt, ist jeden Augenblick zu erwarten. Die Wahlen zu den Amtsvertretungen am 12. März, denen man wegen der Umgliederung am 1. April vielfach nur formale Bedeutung beilegte, erhalten damit wieder eine große Bedeutung.

Kurze politische Nachrichten.

Die Annaberger (Ergeb.) Stadtverordnetenversammlung beschloß mit großer Stimmenmehrheit, Hindenburg und Hitler zu Ehrenbürgern zu ernennen.

Die Französische Kammer hat einen Regierungsantrag angenommen, der die Eröffnung eines Kredits in Höhe von 500 000 Franc (rund 80 000 Mark) zur Unterstützung der Opfer der Explosionskatastrophe in Neunkirchen vorsieht.

Spruy wieder Präsident der Reichsanstalt.

Der Herr Reichspräsident hat den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Friedrich Spruy zum Präsidenten

Aufklärungen über Eisleben

Weitere Beseitigung von Härten geplant.

Die Erleichterungen für die Versorgungsberechtigten.
Zu der Verordnung des Reichspräsidenten zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung ist eine amtliche Verlautbarung veröffentlicht worden, in der es heißt:
„Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung halten es für eine der vorrangigsten Aufgaben, die durch die Notverordnung hervorgerufenen Härten soweit und sobald als möglich zu beseitigen, oder wenigstens zu mildern.“

Dem Herrn Reichspräsidenten liegen dabei vor allem die Kriegsoffer, vornehmlich also die alten Soldaten, deren Angehörige und Hinterbliebenen am Herzen. Er hat es daher besonders begrüßt, daß die Reichsregierung ihm bereits jetzt einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege vorgeschlagen hat.

Die neuen Maßnahmen sind teils durch eine Notverordnung angeordnet, die der Herr Reichspräsident soeben unterzeichnet hat, teils im Verwaltungswege durch einen Erlaß des Reichsarbeitsministers, dessen Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht.

Die Reichsregierung wird, soweit es die finanzielle Lage gestattet, auf dem Wege der Beseitigung von Härten weitergehen. Der Herr Reichspräsident hat seine besondere persönliche Anteilnahme an dem Fortgang dieser Arbeiten der Reichsregierung bezeugt.

Es folgt dann eine Erläuterung der Einzelheiten der neuen, jetzt auch im Wortlaut vorliegenden Verordnung. Aus ihrem Inhalt ist zu den bisherigen Mitteilungen noch folgendes nachzutragen: Die Verordnung tritt am 1. April 1933 in Kraft. Bei der jetzt erfolgten wesentlichen Milderung der Anrechnung von Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten auf die Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und Inanspruchnahme Pensionenversicherung verbleibt dem Berechtigten neben seinen Versorgungsgebühren mindestens ein Drittel seiner Bezüge aus der Sozialversicherung, während diese Bezüge bisher unter Umständen in vollem Umfang wegfielen. Eine entsprechende Regelung gilt übrigens für pensionierte Beamte, die neben ihrer Pension Bezüge aus der Sozialversicherung erhalten.

Kinderzulage und Waisenrente werden vom 1. April 1933 ab bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres auch dann gewährt, wenn der Anspruch infolge Vollendung des 15. Lebensjahres am 1. April 1933 bereits erloschen war und die Wiedergewährung bis zum 30. September 1933 beantragt wird. Bei Berufsausbildung können die Bezüge wie bisher bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden.

Kerner werden auf dem Gebiete der Reichsversorgung im Verwaltungswege folgende Erleichterungen angeordnet:

Die Hauptversorgungsämter werden ermächtigt, zur Erhaltung der von Zwangsversteigerung bedrohten Eigenheime der Kriegsbeschädigten, die eine Kapitalabfindung erhalten haben, im Unterhaltsweg die Beihilfen zur Tragung der mit dem Grundbesitz verbundenen Lasten zu gewähren. Außerdem werden zur Unterstützung gewisser weiterer Gruppen von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz versorgten Witwen, die nicht mehr für Kinder zu sorgen haben, erhalten künftig in größerem Umfang als bisher Aufschüsse. Endlich sind auch die Bestimmungen über Aufschüsse für ehemalige Offiziere und ihre Hinterbliebenen gemildert worden.

Die gesamten Maßnahmen erfordern einen Mehraufwand von etwa 30 Millionen Reichsmark jährlich. Soweit der Mehraufwand bei den Trägern der Invalidenversicherung entsteht, wird er von Reichseinstatut.

In der Presse ist vereinzelt die Rede davon gewesen, daß das Reichskabinett sich gegen die Aufhebung der Krankenscheingebühr ausgesprochen habe. Insbesondere habe Reichskanzler Hitler die Aufhebung der Krankenscheingebühr abgelehnt und dadurch den dahingehenden nationalsozialistischen Antrag zu Fall gebracht. Von zuständiger Stelle wird dazu berichtend mitgeteilt, das Reichskabinett habe die Aufhebung der Krankenscheingebühr nicht abgelehnt, und der Reichskanzler habe sich für die Aufhebung ausgesprochen. Im übrigen sei über die Aufhebung der Krankenscheingebühr noch keine Entscheidung gefallen.

Nadolny zur Berichterstattung in Berlin.

Botschafter Nadolny, Deutschlands Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, ist in Begleitung der militärischen Sachverständigen der deutschen Abordnung, Generalmajor Schönheim (Reichswehrministerium), von Genf kommend in Berlin eingetroffen. Die Reise war im Hinblick auf die durch die französischen Vorschläge über die Vereinheitlichung der Heeres- und Flottenaufgeworfenen grundsätzlichen Fragen notwendig geworden, um den Führern der deutschen Abordnung Gelegenheit zu einer persönlichen Aussprache mit den maßgebenden Stellen des auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums zu geben. Nadolny und Schönheim wollen am Dienstag wieder in Genf eintreffen. Der Hauptaufschuß der Abrüstungskonferenz ist infolge der Abwesenheit des deutschen Abordnungsführers auf Mittwoch verschoben worden.

Ein Sonderkommissar gegen Schmuggel.

Das Reichsfinanzministerium hat dem Polizeiführer West, Stieler v. Heydelamp, einen Sonderkommissar beigeordnet, der gemeinsam mit der Polizei den Auftrag hat, die gesamten Zollfragen an der Westgrenze gemeinsam mit der Polizei zu bearbeiten. Hauptgegenstand unter dem Gesichtspunkt der Behinderung des Schmuggels. Mit dieser Aufgabe ist Oberregierungsrat Dr. Brey beauftragt worden.

Moratoriumsverlängerung in Michigan.

Der Senat des Staates Michigan hat beschlossen, den Staatsnotstand zu erklären und den Gouverneur zu bevollmächtigen, das Bankmoratorium zu verlängern, um so die Abhebungen in ein geregeltes Verhältnis zu bringen.

Die Zusammenstöße in Eisleben.

Bericht des Oberstaatsanwalts.

Im Eislebener Krankenhaus ist ein weiterer Kommunist gestorben, so daß nunmehr die Eislebener Vorgänge vier Todesopfer gefordert haben.

Der Oberstaatsanwalt in Halle gibt auf Grund der bisherigen polizeilichen Ermittlungen eine eingehende Darstellung der Vorgänge. Danach hatten die Nationalsozialisten den Aufmarsch in der Weise angemeldet, daß auch der Breite Weg einbezogen wurde. Sie sind nicht, wie in den ersten Meldungen behauptet wurde, gegen den Willen der begleitenden Polizeibeamten in den Breiten Weg, in dem sich die KPD-Geschäftsstelle befindet, eingebogen. Als der Zug bereits das Klassenkampfgebäude zum größten Teil passiert hatte, fielen plötzlich vom Dach des Hauses ein oder zwei Schüsse, durch die anscheinend ein Teilnehmer verletzt wurde. Mehrere Gruppen aus dem Zuge stürmten deshalb das Haus, während verschiedene Teilnehmer die Kolladen und die Fensterscheiben, teilweise unter Zuhilfenahme einer Leiter, zerstörten. Darauf drangen Teilnehmer in den Hausflur und von dort in den Geschäftsraum, der durch eine hohe Barrikade von zusammengelegten eisernen Gartenstühlen versperrt war, und demolierten diesen Raum. Einige scheinen sich auch in die oberen Stockwerke begeben zu haben, wo die Fahne heruntergeholt wurde. Inzwischen mußten mehrere Schüsse aus der Richtung der Turnhalle gefallen sein, was an einigen Einschlägen festzustellen ist. Hierbei ist anscheinend auch

der SS-Mann Bernd getötet

worden, während ein weiterer Nationalsozialist verletzt wurde. Die inzwischen in den Hausflur der Geschäftsstelle eingedrungenen Polizeibeamten erwiderten das Feuer. Daraufhin stürmten die Nationalsozialisten über den Hof zur Turnhalle, in die sich die Kommunisten zurückgezogen hatten. Dabei wurden die Angreifer mit Flaschen beworfen. Es soll auch noch geschossen worden sein. Zugeliebte wollten vom Breiten Weg her noch weitere Schüsse aus dem Hause und aus einem oberhalb gelegenen Grundstück beobachtet haben. Die Spitze des Zuges wurde wenige Augenblicke nach dem Angriff beim Klassenkampfgebäude vom Dach der Turnhalle, auf dem Steine bereitgelegt waren, anscheinend von zwei Schützen beschossen. Es befanden sich noch weitere Personen auf dem Dach. Hier versuchten zunächst Polizeibeamte unter Lebensgefahr,

Österreich läßt sich nicht unter Druck setzen.

Von zuständiger Stelle in Wien wird zu der Hirtenberger Waffenangelegenheit mitgeteilt, daß eine Entscheidung über die Frage, was nun mit den Waffen geschehen solle, gar nicht notwendig sei, weil entsprechend den ursprünglichen Vereinbarungen der drei privaten Reparaturgeschäfte ohnedies die Waffen in dem Ausmaße, in dem sie wiederhergestellt seien, auch wieder an die Auftraggeber zurückgingen.

Die Reichspost, das Hauptorgan der Christlichsozialen Partei, schreibt in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf die beleidigende Note Frankreichs: „Eine weitere Aktion der österreichischen Regierung in dieser Angelegenheit dürfte billigerweise nicht erwartet werden, bevor sich nicht in allen europäischen Ländern die Überzeugung durchgesetzt habe, daß es unzulässig sei, mit Österreich in einem diplomatischen Stil zu verfahren, der heute selbst

gegen eine rückständige Kolonie

nicht am Platze wäre.“ Andere Blätter betonen, daß die Bundesbahnen von nun an zum Schutze der Sicherheit Österreichs tschechische Waffentransporte nach Südböhmen unter keinen Umständen mehr zulassen dürften. Im Hinblick auf

die Landesverräterische Geste

der Austromaxisten zum Fall Hirtenberg wird betont: „Zum anderen wird es nicht zu vermeiden sein, daß das österreichische Strafgesetz in Angleichung an das reichsdeutsche um jenen Paragraphen bereichert wird, der es ermöglicht, Landesverräterischen Enthüllungen einige Hindernisse in den Weg zu legen. Wer die Grenzen der Parteipolitik nicht abzuschätzen versteht, und wer nicht weiß, wann an Stelle des Parteinteresses im Innern die Front nach außen aufzurichten ist, dem muß das mit Gewalt beigebracht werden. Wir wollen einen zweiten Fall Hirtenberg nicht erleben.“

Vor dem Beamtenstreik in Paris.

Auch Post- und Verkehrsmittel betroffen.

Die Unzufriedenheit der Beamten mit den vom Finanzausschuß des Senats beschlossenen Steuermaßnahmen wird am Montag ihren vorläufigen Höhepunkt in einem Teilstreit in allen städtischen und staatlichen Betrieben in Paris erreichen. In verschiedenen am Sonnabend abgehaltenen Sitzungen wurde beschlossen, auf der U-Bahn, der Straßenbahn, den Elektrizitäts- und Gaswerken ebenso wie in Post- und sonstigen Verwaltungsbetrieben auf eine Stunde zwischen zehn und elf Uhr die Arbeit ruhen zu lassen, um eine letzte Warnung an die Regierung zu richten. Die Postbeamten haben die Absicht, im Laufe des Montag einen oder zwei Postgänge ausfallen zu lassen. Es soll sich aber auch hierbei nur um eine letzte Warnung an die Regierung handeln. In Regierungskreisen betont man, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um in der Abwicklung der Geschäfte in sämtlichen Betrieben keinerlei Unterbrechung oder Störung eintreten zu lassen.

Japan greift an.

Schwere Kämpfe in der Provinz Dschol.

Nach einer Meldung aus Tschende, der Hauptstadt der Provinz Dschol, hat der japanische Angriff auf die Provinz in Richtung Tscholau-Kailu und Tscholau-Tschan begonnen. Die Japaner stürmten wiederholt die chinesischen Stellungen, wurden aber zurückgeschlagen. Die Kämpfe sind im Gange. Die Regierung der Provinz Dschol hatte vorher das japanische Ultimatum, die Stadt Kailu freiwillig zu räumen, abgelehnt.

Japanischer Angriff auf Dschol.

Nach einer Meldung aus Tschende, der Hauptstadt der Provinz Dschol, hat der japanische Angriff auf die

die Dachschießen durch Schreckschüsse zu verschrecken, wurden aber weiter beschossen. Ein Teil der Spitze erstürmte darauf die Turnhalle, aus der ebenfalls noch Schüsse fielen. Ob auch, wie behauptet wird, die Nationalsozialisten geschossen haben, ist noch nicht geklärt. Die dort befindlichen Kommunisten ergriffen darauf die Flucht, wurden aber eingeholt und zum Teil erheblich mißhandelt. Ein Nationalsozialist hatte inzwischen das Dach erstiegen und die dort befindlichen Kommunisten zum Verlassen des Daches gezwungen. Auf der Straße sind noch zwei aus dem Gebäude des Klassenkampfes herauskommende Kommunisten erheblich mißhandelt worden.

Die Ermittlungen richten sich nunmehr auch gegen bestimmte Täter, deren Namen jedoch im Interesse der weiteren Aufklärung nicht genannt werden.

Neue Zusammenstöße.

In Koblenz-Lützel wurde, wie die Polizei mitteilt, ein Nationalsozialist von mehreren Kommunisten überfallen. Der Überfallene und ein weiterer Nationalsozialist, der seinem Parteigenossen zu Hilfe eilte, wurden durch Messerhiebe schwer verletzt. Drei der beteiligten Kommunisten wurden festgenommen.

In Hamborn-Alsum wurde zur Nachtzeit auf fünf Personen, die sich im Bootshaus der Kommunistischen freien Wasserfabrik aufhielten, von bisher noch unbekannten Tätern ein Feuerüberfall verübt. Nach Angabe der Überfallenen wurde an die Tür des Bootshauses geklopft und gerufen: „Supp, mach mal auf!“ Beim Öffnen der Tür seien mehrere Personen eingedrungen und hätten eine Anzahl Schüsse abgegeben. Ein Arbeiter wurde durch zwei Kopfschüsse und einen Brustschuß getötet. Drei Arbeiter wurden durch Schulter-, Brust- und Handschüsse verletzt. Am Tatort wurden sieben Hülsen Kaliber 7,65 Millimeter vorgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort aufgenommen.

In Flur Vannewitz bei Dresden entstand eine schwere Schlägerei, als aus einem SPD-Umzug heraus einzelne Nationalsozialisten angegriffen wurden. Mehrere Personen erlitten Verletzungen durch Stockschläge. Unter ihnen befinden sich ein Gemeindeverordneter, der schwerere Verletzungen erlitten hat, und ein Anhänger der KPD. Das Dresdener Überfallkommando konnte von den Tätern nichts mehr entdecken, da sich der sozialdemokratische Umzug inzwischen aufgelöst hatte. Das Vannewitzer Arbeiterheim, in dem 60 bis 70 SPD- und KPD-Leute angetroffen wurden, wurde einer Durchsuchung unterzogen.

Provinz in der Nacht zum Sonntag in Richtung Tscholau-Kailu und Tscholau-Tschan begonnen. Die Japaner stürmten wiederholt die chinesischen Stellungen, wurden aber zurückgeschlagen. Die Kämpfe sind noch im Gange. Die Regierung der Provinz Dschol hatte vorher das japanische Ultimatum, die Stadt Kailu, freiwillig zu räumen, abgelehnt.

Die mandchurische Regierung hat schon jetzt dem stellvertretenden Kriegsminister, General Tschinshun, zum Generalgouverneur der Provinz Dschol ernannt.

Japan tritt vorläufig noch nicht aus dem Völkerbund aus. — Eine Unterredung mit Saito.

Der japanische Ministerpräsident Saito hat dem Berichterstatter des „Sunday Chronicle“ während der Reise von Tokio nach Osaka, wo er mit dem Prinzen Saionji eine Besprechung haben wird, eine Unterredung gewährt. Im Augenblick, so erklärte Saito, werde sich Japan noch nicht vom Völkerbund zurückziehen. Die Entscheidung werde erst später angeklagt, wenn der Bericht des Neunmehrausschusses endgültig vom Völkerbund angenommen sei und die japanische Regierung die Frage sorgfältig studiert habe. Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte Saito, daß Japan die Anerkennung des neuen Staates Mandschukuo auf keinen Fall zurückziehen werde.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 20. Februar 1933.

Die Katastrophenreihe.

Man kann das immer wieder beobachten, und es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Katastrophe von besonderer Art fast niemals allein kommt, sondern daß immer gleich zwei oder drei gleichartige Katastrophen aufeinanderfolgen. Das Sprichwort sagt: „Ein Unglück kommt selten allein!“, aber es wird damit nur zum Ausdruck gebracht, daß ein Unglück, das einem Menschen geschieht, nicht selten ein zweites Unglück nach sich zieht. Wenn man jedoch von einer Katastrophenreihe spricht, so ist das anders zu verstehen: hier liegt das Merkwürdige darin, daß Katastrophen, die nicht alltäglich sind, serienweise auftreten. Es geschieht nicht alle Tage, daß ein großer Gasbehälter mit seinem gefährlichen Inhalt explodiert und in die Luft fliegt. Kaum aber ist ein solches Unglück an einem Orte geschehen, so vernimmt man, daß fast unmittelbar darauf auch an anderen Orten Gasbehälter geplatzt und in die Luft geflogen sind. In Bad Neichenhall war gerade die Nachricht von dem furchtbaren Unglück in Reumkirchen bei der Bevölkerung näher bekannt geworden, als eine gewaltige Detonation die Luft durchzitterte: die Gasanlage des Hammerauer Eisenwerkes, das als das älteste Eisenwerk Deutschlands gilt, war explodiert. Und was das seltsamste war: die Explosion erfolgte fast genau zu derselben Zeit wie am Tage vorher die Explosion in Reumkirchen, kurz nach Schichtwechsel. Und wieder ein paar Stunden später erfuhr man, daß auch in Frankfurt a. M. ein Gasbehälter explodiert war. Glücklicherweise hatten diese beiden letzterwähnten Katastrophen keine Menschenopfer gefordert, aber merkwürdig bleibt diese Häufung von Gasbehälterexplosionen innerhalb einer kurzen Zeitspanne und innerhalb eines verhältnismäßig eng umgrenzten Raumes trotz alledem. Man spricht in solchen Fällen von einer „Duplizität“, einer Doppelheit der Ereignisse oder von einem „Gesetz der Serie“, aber erklären kann man sich das alles nicht, und man muß es als etwas Unabänderliches hinnehmen. Die „Duplizität“ gehört zu den Dingen, die unsere „Schulweisheit“ nicht deuten kann.

Und noch eines ist bemerkenswert bei Katastrophen von der Art der entsetzlichen Reumkirchener Katastrophe: daß sich Opfer der Katastrophe, Menschen, die schwer verwundet und verstümmelt worden sind, trotz ihrer schweren Verletzungen, wie von einem eisernen Fuß getrieben, zurückgezogen fühlen zu der Stätte des Grauens, daß sie, soweit es ihr Zustand erlaubt, mit unter den ersten sind,

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenspiele.

Napoleon I., nach einer anderen Lesart Ludwig XVIII., hat, um die Tapferkeit seiner Truppen anzufachen, das Wort geprägt, daß jeder Soldat den Feldmarschallstab im Tornister trage. Jeder Kriegsmann sollte also die Möglichkeit haben, nach dem Maß seiner militärischen Fähigkeiten bis zur höchsten Stufe in der Armee emporzusteigen. An diese bekannten Worte wurde man erinnert, als man dieser Tage von dem Ableben des englischen Feldmarschalls Robertson erfuhr, der im Alter von 73 Jahren gestorben ist. Robertsons militärische Laufbahn ist in der Tat ganz ungewöhnlich gewesen. Er war der Sohn eines Dorfbriefträgers, hat elf Jahre lang als Gemeiner und Unteroffizier in einem englischen Linienbatterieregiment gedient und erhielt dann dank der Energie, mit der er an seiner allgemeinen und militärischen Ausbildung gearbeitet hatte, das Offizierspatent, das ihm das Tor zur höchsten militärischen Würde öffnete. Während des Krieges war Robertson zuerst Chef des englischen Generalstabes, ab 1915 Chef des Generalstabes der gesamten Armeen des britischen Empire und ab 1918 Oberkommandeur der britischen Armeen in Osteuropa. In Deutschland ist er besonders bekannt als Oberkommandierender der englischen Rheinlandbesatzungsarmee, die er von 1919 bis 1920 befehligte. 1919 wurde er der Adelsmittel verliehen, und er erhielt in besonderer Anerkennung seiner Verdienste während des Krieges 10 000 Pfund Sterling ausbezahlt.

Der Regierungswechsel in Deutschland hat in der gesamten Auslandspresse stärkste Beachtung gefunden. In spaltenlangen Berichten werden die Vorgänge in Deutschland registriert. Ein Teil der amerikanischen Presse hat sich anlässlich der Machtergreifung durch das Kabinett Hitler-Eugenberg-Seldie in Deutschland auch mit der Frage der Rückkehr der Hohenzollern auf den Kaiserthron beschäftigt. Die New Yorker "Daily News", ein Blatt mit einer Tagesausgabe von etwa eineinhalb Millionen, hatte in ihrer täglichen Umfragepalste die Frage gestellt: "Würden Sie es gern sehen, wenn der deutsche Kaiser auf seinen Thron zurückkehrt?" Die Mehrzahl der Befragten hat sich für die Rückkehr des Kaisers ausgesprochen. Über-einstimmend wurde festgestellt, daß der Durchschnitts-amerikaner keinen Haß gegen Kaiser Wilhelm hege und daß die Rückkehr des Kaisers die für den Wiederaufbau erforderliche Einigkeit innerhalb Deutschlands begünstigen würde. Die Behauptung, der Kaiser habe den Weltkrieg verursacht, sei unhaltbar. Die Stabilisierung der Regierungsverhältnisse, die sich nach der Rückkehr des Kaisers ergeben würde, würde zur Besserung der Wirtschaftslage beitragen. Einige Antworten von neutraler Seite betonten, daß die Frage der Monarchie eine innere deutsche Angelegenheit sei. Nur wenige, die sich als Gegner des Kaisers bezeichnen, ziehen die gegenwärtige Regierungsform aus persönlicher, grundsätzlich demokratischer Einstellung vor.

Neben diesen außenpolitischen Fragen spielt im innenpolitischen Leben Amerikas immer noch die Aufhebung des Alkoholverbots eine wesentliche Rolle. In den New Yorker Zeitungen wird ein großer Jubel angestimmt über einen Sieg, den die Anhänger des Alkohols im Senat erfochten haben, wo jetzt eine Zweidrittelmehrheit für den Widerruf des Alkoholverbotes zustande gekommen ist. Dieser Sieg der Rassen ist um so höher einzuschätzen, als der Senat bisher als Hauptverteidiger der Trockenlegung Amerikas galt. Allgemein wird angenommen, daß voraussichtlich auch im Repräsentantenhaus die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung des Alkoholverbotes zustande kommen wird, so daß man in Amerika bald wieder dem Alkohol wird öffentlich zusprechen können. Naturgemäß setzen die Freunde des Alkoholverbotes alle Hebel in Bewegung, um die weitere Trockenlegung Amerikas bis zur letzten Möglichkeit zu verteidigen. Ob sie hierbei trotz riesiger Ausgaben für ihre Propaganda viel Erfolg haben werden, ist aber doch sehr zweifelhaft. Auch in Amerika, das jetzt mit schweren wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen zu kämpfen hat, wird sich bald die lustige Lebenswahrheit Wilhelm Buschs bestätigen: "Wer Sorgen hat, hat auch Lids".

Frankreichs „Verteidigungs“-Heer.

Ein neuer Vorschlag in Genf. — Plümpe Anspielungen des Pariser Luftfahrtministers auf die deutschen nationalen Verbände.

Der französische Luftfahrtminister Pierre Cot erwiderte im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz, die Ausführungen Radolnys zum französischen Plan und betonte unmittelbar die grundsätzliche Frage der deutsch-französischen Beziehungen. Pierre Cot sagte den französischen Plan zur Heeresfrage in folgenden drei Punkten zusammen:

1. Frankreich ist bereit, falls die allgemeine Sicherheits- und Kontrollforderung Frankreichs, wenn auch nicht ganz, so doch im wesentlichen berücksichtigt wird, einem allgemeinen Heeresystem mit kurzer Dienstzeit unter einem Jahre, möglichst weitestgehend bis zu neun Monaten zuzustimmen.

2. Dieses Heeresystem wird im gleichen Verhältnis für alle Großmächte eingeführt und hat damit die Gleichheit des Status der Mächte.

3. Anpassung dieses Systems an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder, besonders auch Deutschlands, durch etappenweise Durchführung in drei bis vier Jahren.

Pierre Cot versuchte sodann in außerordentlich geschickter Weise den Nachweis zu führen, daß eine Berufsarmee, wie sie Deutschland im Versailler Diktat aufgezungen worden ist,

„eine Angriffswaffe allererster Ordnung“ (!) sei, während das Heeresystem der allgemeinen Wehrpflicht „vornehmlich der Verteidigung“ (!) diene. Frankreich schlage daher zur Vereinheitlichung der europäischen Heere das Heeresystem mit kurzer Dienstzeit und geringer Truppenzahl vor. Pierre Cot erwähnte sodann, ohne auf ein besonderes Land anspielen zu wollen (!), daß der „nationalistische und militärische Geist nicht nur in den Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht lebendig“ sei. Es gebe auch Länder ohne dieses System, jedoch mit großen „militärischen Verbänden“, in denen sich dieser Geist „besonders entwickelt“ habe.

Es sei durchaus verständlich, daß für Deutschland in-

Mensch und Maschine

Der Kaiser zur Arbeitslosenfrage.

Die seelische Not der Arbeitslosigkeit.

Die amerikanische Presse veröffentlicht einen Brief des deutschen Kaisers an den bekannten amerikanischen Schriftsteller Gaffney, in dem es u. a. heißt: In unserem Zeitalter der Übersättigung der Materie ist es nur folgerichtig, wenn man glaubt, die Arbeitslosigkeit mit materiellen Mitteln beheben zu können. Das Ergebnis ist so gut wie völlig unzulänglich, es konnte auch nicht anders als unzulänglich sein; denn die Gründe der Arbeitslosigkeit sind nicht materieller Art. Das Arbeitslosenelend ist vielmehr die größte seelische Not, die seit Jahrtausenden über die Menschheit gekommen ist.

Wir befinden uns zweifellos in einem Zeitalter, in dem

die Maschine unser gesamtes wirtschaftliches Leben bedroht.

Die Kapazität der Maschine hat in zunehmendem Maße eine ungeheure Menge an menschlicher Arbeitskraft überflüssig gemacht. Man wird sich klar darüber sein müssen, daß selbst bei einer — nicht zu erwartenden — steil ansteigenden Wirtschaftsjunktur die Arbeitskraft des Menschen niemals auch nur annähernd in vollem Umfang wieder in den Arbeitsprozeß der Industrie wird eingeschaltet werden können. Denn abgesehen von ihrer ständig steigenden Leistungsfähigkeit hat die Maschine noch in den Zeiten, in denen allein wegen der geringer werdenden Absatzmöglichkeiten immer mehr Menschen arbeitslos wurden, eine Position nach der anderen erobert. Angesichts dieser Umstände wird ohne weiteres klar, daß das Problem, welches die Arbeitslosigkeit stellt, durchaus nicht nur ein solches der Gegenwart, daß es nicht nur eine Frage ist, wie man die Arbeitslosen durch diese Zeit wirtschaftlicher Depression hindurchbringt, sondern eine Frage der Wirtschaftsgestaltung in der Zukunft,

eine Frage von Dauer, vielleicht sogar eine solche noch zunehmenden Umfangs, wenn und solange die Wirtschaft auf den bisherigen Wegen weitergeht. Klar muß es ausgesprochen werden, daß die große Masse der entlassenen industriellen Arbeiter keine Ausichten haben dürfte, ihre industrielle Arbeit wieder aufzunehmen, weil die Maschine den wesentlichen Teil der entlassenen Arbeiter endgültig von seinem Arbeitsplatz verdrängt.

Es ist höchste sittliche Pflicht, allen diesen Arbeitern anderweitige Arbeit zu verschaffen. Das bedeutet, daß der Staat neue Arbeitsgebiete zu schaffen, daß er bis dahin für die einkommenslos gewordenen Menschen zu sorgen hat. Der Staat muß also

neue Arbeits- und Existenzmöglichkeiten

finden. Die Aufgabe, ganze Schichten bisher industrieller Arbeiter in neue Arbeitsbedingungen zu überführen, ist brennend. Sie ist es nicht in erster Linie aus materiellen, sondern vornehmlich aus ethischen, moralischen Gründen. Eine Bezahlung ohne Gegenleistung, an sich ein wirtschaftlicher Widerspruch, ist demoralisierend, und der Arbeitslose empfindet das im allgemeinen auch so, jedenfalls bei uns in Deutschland. Selbst wenn die Möglichkeit

folge des nach dem Kriege ihm mit Gewalt aufgezwungenen Systems ein neues auf der Abrüstungskonferenz geschaffenes Heeresystem

„zunächst verdrängend“ erscheinen

müsse. Die Reichsregierung könne sich jedoch nicht beklagen, wenn jetzt zu einer Abänderung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages geschritten würde. Sie könne nicht ein System zurückweisen, das Deutschland „die Gleichberechtigung des Rechts und des Status“ bringe. Vielleicht sei, so sagte Pierre Cot ähnlich zu Radolny gewandt weiter, das Deutschland 1919 aufgezwungene Heeresystem in einem Sinne, besonders in den privaten Militärverbänden durchgeführt worden, der „nicht gerade dem Sinne der Friedensverträge“ entspreche.

Energische Widerlegung durch Radolny.

Botschafter Radolny sagte sodann, er müsse ausdrücklich zu den vielen Anspielungen Pierre Cots über die Rolle der privaten Militärverbände Stellung nehmen. Zweifellos beständen in zahlreichen Ländern private Verbände mit militärischer Ausbildung. Dies sei hinlänglich bekannt. Er könne jedoch den Hinweis Pierre Cots auf den Zusammenhang zwischen der deutschen Armee und den privaten Verbänden unmöglich ohne eine sofortige Widerlegung vorübergehen lassen.

In der Aussprache erklärte Pierre Cot auf die Erwiderung Radolnys, daß er an seiner Erklärung festhalten müsse und zu einer Aussprache über die privaten militärischen Verbände bereit sei, falls Radolny dies wünsche. Botschafter Radolny sagte darauf, daß in dieser Frage auf Deutschland nicht der Schatten eines Vorwurfs fallen könne.

Aus dem Wahlkampf.

Reichsinnenminister Dr. Fric in Dresden.

In einer nationalsozialistischen Rundgebung in Dresden sprach Reichsinnenminister Dr. Fric. Der Minister betonte u. a.: Dieser Wahlkampf müsse eine überwältigende Mehrheit für die Reichsregierung Adolf Hitler erbringen. Sollte die Wahl jedoch keine Mehrheit der Regierung bringen, so werde dennoch das Rettungswerk am deutschen Volke unbeirrt fortgesetzt werden. Wir sind, so erklärte der Minister unter starkem Beifall,

nicht gewillt, das Feld freiwillig zu räumen.

Dr. Fric ging dann auch auf die Beseitigung der sogenannten Hoheitsregierung in Preußen ein und erklärte: „Die marxistische Regierung in Preußen ist beseitigt und sie bleibt beseitigt!“ Auf einen Zuruf: „Und Sachsen?“ fügte der Minister hinzu: „Wir werden die Entwicklung in allen Ländern beobachten und wo Veranlassung gegeben ist, die notwendigen Kräfte haben, durchzugreifen.“ Zu den Vorschlägen, die SPD. zu verbieten, erklärte der Minister, daß sie abgelehnt worden seien in der Erwägung, daß man Marxismus und Bolschewismus nicht nur durch politische und justizielle Methoden bekämpfen könne, sondern vor allem dadurch, daß man ihnen eine stärkere Welt-

geschaffen werden würde, dauernd einem Meer von Millionen von Arbeitslosen eine Existenz zu geben, ohne daß sie arbeiten, so wäre das Problem also noch keineswegs gelöst; es kommt vielmehr darauf an,

das gesunde Leistungsverlangen

des Menschen zu befriedigen und ihm sein göttliches Recht auf Arbeit zu verwirklichen. Die große und schwierige Aufgabe liegt nun aber auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, denn nur solche Arbeiten sind auf die Dauer volkswirtschaftlich tragbar, die eine Rente bringen.

Lezten Endes werden die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder zu bestimmen haben, welche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können, ob der Bau von Straßen und Kanälen, die Kultivierung von Ödlandereien, die Urbarmachung von Sümpfen, im Verein damit die Durchführung großer Siedlungsprojekte oder was sonst dafür in Frage kommt. Mit der Abnahme industrieller Arbeitsmöglichkeit und der künftigen Betätigung auf Gebieten, die den Einsatz von Massenmännern ausschließen, wird eine

örtliche Umschichtung der Bevölkerung

einsetzen. Die Abwanderung aus den für Leib und Seele ungesunden Riesensiedlungen wird eine neue Struktur menschlicher Siedlung zur Folge haben.

Wenn es richtig ist, daß die Technik und im besonderen die Maschine unser wirtschaftliches Leben bedroht, und die Arbeitslosigkeit von heute bestätigt die Auffassung in weitem Umfang, dann wird es nötig sein, der Maschine wieder den ihr gebührenden Platz

als Hilfsmittel menschlicher Arbeitskraft

zuzuweisen. In dieser Forderung stimme ich mit prominenten Wirtschaftlern in den USA überein. Ihre Erfüllung ist aber nicht ohne gewisse Eingriffe zu erreichen. Im großen gesehen steht es fest, daß die Wirtschaft einen Zwang nicht duldet. Aber das Zusammenleben der Menschen fordert eine Einordnung des einzelnen und des Einzelbetriebes in die menschliche Gemeinschaft. Warum soll, so frage ich mich, der Gebrauch der Maschine, die heute unser ganzes Wirtschaftsleben bedroht, nicht ebenfalls

durch gewisse Gesetze geregelt

werden, damit ihre planlose, unorganische Vermehrung und Betätigung, die so ungeheures Unheil anrichtet, aufhört? Hat die Maschine als ein wertschöpfender Faktor denn das Recht, den ebenfalls wertschöpfenden Faktor Mensch, der aus tiefem ethischen Empfinden heraus schafft, zu verdrängen? Man wird also um einen gewissen gesetzlichen Zwang hier nicht herumkommen, und es kann nur das Wie die Frage sein.

Möchte die gemeinfame Not, die heute über den Völkern liegt, möchte die Erkenntnis ihrer Schicksalsverbundenheit daran mithelfen, daß die großen wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft mutig und energisch, und daß sie baldigt angefaßt werden, denn es darf keine Zeit mehr verloren werden. Dann werden von selbst so manche Gegensätze, die heute unüberbrückbar erscheinen, schwinden. Dann wird sich die heute über der Welt liegende Not doch noch als ein Segen auswirken.

anschauung entgegensetzt, und die sei einzig und allein der Nationalsozialismus.

Wenn ferner das Zentrum jetzt auf die Nationalsozialisten böse sei, so müsse daran erinnert werden, daß diese Partei stark durch die Entwicklung der letzten 14 Jahre belastet sei.

Vor allem müsse man sich dagegen verwahren, daß der Kampf vom Zentrum auf die falsche Ebene eines Kulturkampfes verschoben werde. Demgegenüber genüge es wohl, darauf hinzuweisen, daß an der Spitze des Kabinetts ausgerechnet zwei Katholiken stünden: Götter und Papen.

Das deutsche Volk müsse sich wieder auf sich selbst besinnen, damit es seine Kraft in die Waagschale werfen könne, wenn es um deutsche Lebensnotwendigkeiten gehe. Zunächst aber müßten die Feinde des deutschen Volkes, die im Volke selbst sähen, unschädlich gemacht werden. Es müsse ein Gesetz geschaffen werden, wonach Landesverrat ohne weiteres mit dem Tode bestraft werde. Das werde der Anfang der Gesundung sein. Die Regierung sei nicht gewillt, die starke Führung der Reichspolitik durch irgendwelche parlamentarische Querstreben sabotieren zu lassen. Die Regierung wolle sich nur ausdrücklich für alle die schweren Maßnahmen der kommenden Zeit die Legitimation durch das deutsche Volk selbst ausstellen lassen.

Die Gruppierung der kleinen Parteien.

Die kleinen Parteien sind natürlich in großen Schwierigkeiten wegen der Sicherung ihrer Stimmen. Für die Wahl zum Preussischen Landtag hat die Wirtschaftspartei zusammen mit anderen Mittelstandsgruppen in allen Wahlkreisen Listen unter dem Kennwort „Preussischer Mittelstand und Sparrer“ eingereicht. Die Reststimmen werden auf der Liste des Zentrums verrechnet. In die Landesliste des Zentrums ist an siebenter Stelle Konrad Vorchert-Stettin als Vertreter des Mittelstandes aufgenommen. In einigen Abständen folgen auf der Liste die Vertreter der Wirtschaftspartei, der Sparrer usw.

Die Volksrechtspartei ist infolge der neuen Bestimmungen über die Zulassung von Wahlvorschlägen für die Reichstagswahl nicht in der Lage, Kandidaten aufzustellen; sie kündigt schon jetzt Protest gegen die Wahl vom 5. März an.

Im Wahlkreis Leipzig ist eine neue Partei aufgetaucht, die Sozialistische Kampfgemeinschaft, die dem Wahlleiter die erforderlichen 60 000 Unterschriften eingereicht hat.

„National und sozial geeint.“

Der Gesamtvorstand der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands billigte einstimmig folgende Entscheidung zum Wahlkampf:

„Nicht nur unsere innere Not, sondern auch die ernste außenpolitische Lage erfordern eine in sich eine nationale Regierung klüger und charakterstärker Sachverständiger. Frankreich, diesem Friedensstörer seit Jahrhunderten, und seinen Trabanten muß endlich diese Wahlen klar-

So flug und vorsichtig, so technisch gekult der Mensch auch sein mag — Katastrophen von den furchtbaren Ausmaßen der künftigen Katastrophe wird er nie verhüten können. Und da bleibt es ein Trost im Unglück, daß es eine erhebende Solidarität gibt unter den Menschen, ein Zusammenstehen in der Not. Mögen wir uns sonst auch noch so sehr befleißigen und befähigen — im Unglück tritt einer für den andern ein, und daß es gerade die Armen sind, die den Armen helfen möchten, das ist besonders ergreifend und muß selbst Schwarzsehern den Glauben an das Gute im Menschen wiedergeben.

* **Verbesserte Sommerurlaubsarte in Sicht?** Die Sommerurlaubsarte, die bei ihrer Einführung im vergangenen Jahre großen Anklang gefunden hat, wird auch in diesem Jahre wieder zur Ausgabe gelangen. Schon häufiger sind mit Recht in der Öffentlichkeit Klagen über gewisse Bestimmungen geführt worden, die gerade weitestminderbemittelte Kreise von der Benutzung der Sommerurlaubsarte ausschließen. Eine Urlaubsarte, auf die eine Fahrpreisermäßigung von 20% gewährt wird, konnte nur dann gewährt werden, wenn die Zielstation mindestens 200

—* Vor dem Bau der Ruhr-Sieg-Bahn. Am Schlusse des Jahres 1845 wurde viel über den Bau einer Eisenbahn gesprochen, welche von Hagen nach Siegen führen sollte. Zwei Projekte lagen vor: entweder durch das Tal der Lenne oder der Volme. Die Behörde entschied sich für die Verbindung durch das Lennetal. Februar und März 1846 ist die Bahn durch das Lennetal vermessen worden. Ein Bahn durch das Volmetal ist ebenfalls in dieser Zeit vermessen. Bis zur Ausführung der Bauarbeiten ist noch geraume Zeit verflossen. August 1861 wurde die Ruhr-Sieg-Bahn nach vierjähriger Bauzeit eröffnet. Die Anlage war zunächst eingleisig. Am 1. November 1900 ist der Bahnhof Ohle für den Personenverkehr eröffnet.

Halver

tung. Der Chor sang noch eine Reihe von Choraliedern, die alle hier einzeln zu würdigen, würde zu weit führen. Der große Beifall nach jedesmaligem Auftreten mag den Sängern wie dem Chorleiter der beste Beweis sein, daß man die Darbietungen dankbar quittierte. Die beiden letzten Lieder: „Kirches im Dorf“ und „Kronenwirt“, die unter Musikbegleitung gesungen wurden, riefen tosenden Beifall heraus, sodaß der Verein den letzten Teil wiederholen mußte. Die einzelnen Niederborträge wurden umrahmt von herrlichen Musikvorträgen der Lüdmannschen Kapelle, die ebenfalls dankbare Aufnahme fanden. Der zweite Teil des Programms war humoristischer Art und brachte die Lachmuskeln ordentlich in Tätigkeit. Ein großer internationaler Gesangswettbewerb war arrangiert und die fremden Sänger zogen in ihren Trachten unter Vorantritt einer Musikkapelle zur Bühne und trugen dort ihre Lieder vor. Es war ein buntes Gemisch allerlei Typen, die dort am Schluß des Aufmarsches sich auf der Bühne gruppierten. Der Sprecher und Begrüßer dieses Aufzuges lag wiederum in den Händen des Vorjüngenden, der diese Aufgabe in der glänzendsten Weise zu lösen verstand. — Ein schöner Sänger- und Rappenball schloß sich an.

Emalksmühle

Breckerfeld

Kierspe

—s Die Mitglieder des **Landwirtschaftlichen Vereins** seien auf die im heutigen Inzeratenteil, für morgen nachmittag angekündigte Versammlung hingewiesen, die im Interesse der wichtigen Tagesordnung einen zahlreichen Besuch wünschenswert erscheinen läßt.

Nah und Fern

○ Gerüchte über eine wunderbare Rettung in Neunkirchen. Eine saarländische Zeitung hatte berichtet, daß in Neunkirchen eine Frau aus den Trümmern eines eingestürzten Hauses geborgen und ins Leben zurückgerufen worden sei. Nach Erkundigungen bei der Polizeiverwaltung und dem Hüttenwerk in Neunkirchen trifft diese Meldung nicht zu.

Bei einem Autounfall getödtet. Ein schweres Auto-
unglück ereignete sich am Ausgang des Dorfes Wühne an
der Grenze zwischen Rassel und dem Kreise Warburg. Ein
mit 17 Personen besetzter Postautobus bog in die Dorf-
straße ein und fuhr dem Auto des Freiherrn Spiegel von
und zu Deutenberg in die Flanke. Das Privatauto wurde
zertrümmert. Die 38jährige Freifrau v. Spiegel geriet
unter den Wagen und wurde getödtet, ihr Satte ist lebens-
gefährlich verletzt worden. Rittersaußbesitzer Freiherr

○ Drei Hinrichtungen in Polen. In Nowogrodel in Polen verurtheilte das Standgericht drei Personen wegen Raubmordes zum Tode durch den Strang. Da der Staatspräsident das Begnadigungsgesuch ablehnte, wurde das Urtheil vollzogen.

○ Eins der größten japanischen Marineflugboote gesunken. In der Bucht von Tokio ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Eines der modernsten und größten japanischen Marineflugboote stürzte infolge Motorschadens ab und ging unter. Ein Leutnant und zwei Unteroffiziere ertranken, da sie sich nicht aus dem Führerraum befreien konnten. Die übrige Besatzung von sieben Mann schwamm an Land.

⊙ **Folgenschwere Motorexplosion.** Eine Explosionskatastrophe ereignete sich in einer Maschinenfabrik in der Nähe von Avignon. Eine Gruppe von Arbeitern war mit der Reparatur eines Scherwärmotors beschäftigt und wollte ihn zur Probe laufen lassen. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, den Motor in Gang zu setzen. Bei einem letzten Versuch ereignete sich plötzlich eine schwere Explosion, die die Thür der Werkstatt aus den Angeln hob, während der in Stücke gerissene Motor das Dach durchschlug. Zwei der Arbeiter wurden durch die herumfliegenden Eisenteile auf der Stelle getötet, während drei andere lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Am 15. Februar d. J. trat für eine Reihe von lehwirtschaftlichen Erzeugnissen eine Zollerhöhung in Kraft, die die immer noch erhebliche und für die Preisbildung bei einer Anzahl von Märkten ausschlaggebenden Einfuhren erheblich einschränken dürfte.

Trotz des außerordentlichen Tieffstandes der deutschen

Viehpreise wurden auch im Jahre 1932 noch rund 100 000 lebende Rinder, insbesondere Schlachtfühe, nach Deutschland eingeführt. Zu 65 Prozent kam diese Einfuhr an abgemolkene Kühen aus Dänemark; obgleich im Dezember 1932 der Preis für Schlachtfühe in Deutschland durchschnittlich nur noch 47,2 Prozent des Vorkriegspreises betrug. In Dänemark ist bekanntlich der Preis für Schlachtfühe auf einen derartigen Minimalsatz abgesunken, daß sich die dänische Regierung genötigt sieht, unter erheblichen Geldzuschüssen vorläufig 25 000 Tiere aus dem Markt zu nehmen und in Fleisch- und Blutmehlfabriken zu verschrotten. Auch Litauen war erheblich an der deutschen Schlachtvieheinfuhr beteiligt, während die Einfuhr an Rindern aus Österreich sich größtenteils auf Zucht- und Ruckvieh stützte.

Der überwiegende Teil der Schweineinfuhr kam aus Litauen. Auch diese Einfuhr dürfte durch die neuen Zollsätze weitgehend unterbunden sein. Bei der Fleisheinfuhr sind Dänemark (63 Prozent) sowie Litauen und Holland mit je etwa 13 Prozent ausschlaggebend beteiligt. Jedoch handelte es sich bereits im Jahre 1932 nicht so sehr um die Einfuhr von Frischfleisch, sondern um die Einfuhr von Innereien, die bekanntlich zu einem niedrigen Sonderzollsatz hereinkam, der auch weiterhin noch bestehenbleibt.

An der Einfuhr von Schmalz, die im Jahre 1933 ganz außerordentlich gesteigert wurde und nahezu 1,5 Millionen Doppelzentner erreichte, sind die Vereinigten Staaten von Amerika mit drei Viertel der Einfuhrmenge beteiligt. Auch die Schmalzeinfuhr aus Dänemark war recht bedeutend.

In der Nacht zum Sonntag starb der bekannte Komponist Professor Arnold Mendelssohn an einem Herzschlag. Er ist am 26. Dezember 1856 in Ratibor geboren und als ein feinsinniger und formvollendeter Nachromantiker in Musikkreisen bekannt. Er hat sich insbesondere um die protestantische Kirchenmusik außerordentliche Verdienste erworben und wurde deshalb 1917 zum Dr. h. c. der theologischen Fakultät Gießen und Dr. phil. h. c. der Universität Heidelberg ernannt. Aus seiner Feder stammen zahlreiche Opern und kirchliche Musikstücke.

Zu der furchtbaren Bluttat auf dem Dominium Striese im Kreise Trebnitz, die vier Todesopfer forderte, werden nach folgende Einzelheiten bekannt:

Arbeiter fanden morgens den Invalidenrentner Paul Liebethal in einer Scheune erhängt auf. Die von ihm verübte Bluttat wurde erst später entdeckt. Als der Brand aus dem Dominium bemerkt wurde, waren die Feuerwehrleute in den Raum eindringen, fanden sie die verkohlten Leichen der drei Kinder Liebethals: Otto, Richard und Elli, in den Betten auf. Der Bewohner des Hauses bemächtigte sich eine Panik. Eine Frau, die vor den Klammern gestürzt war und an Fensterkreuz hing, konnte kurz vor dem Absturz von der Feuerwehrleuten gerettet werden. Die Familienverhältnisse des Invalidenrentners Liebethal werden als sehr unglücklich geschildert. Liebethal war bereits eine Zeitlang von seiner Frau geschieden, nahm sie aber wieder zu sich. Die Verhältnisse swikten sich immer mehr

Am Sonntag wollte der älteste Sohn Richard heiraten. Liebethal war sehr gegen diese Heirat und hat geäußert, daß er die ganze Familie umbringen werde, wenn es zu dieser Heirat käme. Niemand hat aber diese Drohungen ernst genommen.

Schweres Unfälle am Bahnübergang.

Der Zug rast in das Transportauto einer Fußballmannschaft. Zwei Personen lebensgefährlich verletzt.

An einem Bahnübergang der Strecke Berlin—Breslau ereignete sich bei dem Dorfe Gramschütz ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Lastkraftwagen, der eine Fußballmannschaft aus Proßlau bei Glogau zu einem Fußballspiel nach Borsdorf bringen wollte, durchbrach die heruntergelassene Bahnbrücke, als der D-Zug Breslau—Berlin heranbrauste. Das Lastauto wurde beiseitegeworfen und zum Teil zerstört. Zwei Fußballspieler, der Sohn des Sattlermeisters Wienert aus Proßlau, und der zwölfjährige Schüler Strauß aus Glogau wurden sehr schwer verletzt. Wie durch ein Wunder blieben die übrigen 15 Insassen des Wagens unverletzt. Die beiden verunglückten Spieler wurden sofort in das Krankenhaus Glogau gebracht, doch besteht kaum Aussicht, sie am Leben zu erhalten.

Selbstmord des Försters Winkel im Gefängnis.

Im Braunschweiger Kreisgefängnis hat nachts der Förster Otto Winkel aus Seeßen seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Winkel war im September v. J. in Untersuchungshaft genommen worden, weil er im Verdacht stand, die ledige Lise Lotte Hoffmeister getötet und die Leiche im Walde verscharrt zu haben. Er sollte sich am kommenden Montag vor dem hiesigen Schwurgericht wegen dieses Verbrechens verantworten.

Nachts gegen drei Uhr schlich sich nun der Vater in das Zimmer, in dem die beiden Söhne schliefen, und tötete sie im Schlaf durch Schläge mit einer Art. Sodann schnitt er seiner Tochter Emmi die Kehle durch. Hierauf schaffte er mehrere Bündel Stroh in die Wohnung und zündete sie an. Sodann verließ er das Haus und eilte nach einer Feldscheune, wo er sich erhängte.

Nacht Todesopfer des Einsturzungsunfalls auf der Königin-Luise-Grube.

Von der Verwaltung der Preußag wird mitgeteilt, daß der bei dem Einsturzungsunfall auf der Königin-Luise-Grube schwerverletzte Wagenstößer Thomas Burel am Sonnabend gestorben ist. Sein Ableben kam ganz unerwartet, da sein Befinden in den vergangenen Tagen zu keinerlei Besserungen Anlaß gab. Erst am Sonnabend trat eine Verschlimmerung in seinem Befinden ein, die schließlich den Tod herbeiführte.

Am Sonntagvormittag gegen neun Uhr wurde das letzte Opfer, der Wagenstößer Michael Grafke, aus den Gesteinsmassen als Leiche geborgen. Die Bergungsarbeiten sind danach eingestellt worden.

60 000 Schafe verbrannt

weil kein Absatz.

In dem argentinischen Bezirk San Julian wurden 60 000 Schafe von ihren Besitzern geschlachtet und verbrannt, da kein Absatz für die Tiere gefunden werden konnte.

16 000 Tonnen-Dampfer auf Grund gelaufen.

Der 16 000-Tonnen-Dampfer „Montrose“, der mit 186 Fahrgästen von Kanada nach Liverpool reist, lief am Sonntagmorgen bei Askew Spit in der Mersey-Bucht auf Grund. Glücklicherweise geriet das Schiff auf sandigen Meeresgrund, so daß es keine schwereren Beschädigungen erlitt. Die Fahrgäste wurden mit Motorbooten nach Liverpool gebracht.

Was man noch wissen muß.

Nacht Todesopfer des Einsturzungsunfalls auf der Königin-Luise-Grube.

Hindenburg. Wie uns von der Verwaltung der Preußag mitgeteilt wird, ist der bei dem Einsturzungsunfall auf der Königin-Luise-Grube schwerverletzte Wagenstößer Thomas Burel gestorben. Die Zahl der Opfer erhöht sich damit auf acht. Am Sonntagvormittag wurde das letzte Opfer, der Wagenstößer Michael Grafke, aus den Gesteinsmassen als Leiche geborgen.

Neue Todesurteile in Rußland.

Moskau. Das Gericht verurteilte in Waku fünf Beamte der Militärgenossenschaften wegen Sabotage und Schädigung des Staatsansehens zum Tode durch Erschießen.

Explosion auf einem englischen Frachtdampfer.

London. Auf dem nach Amerika fahrenden englischen Frachtdampfer „Baron Carnegie“ (3000 Tonnen), ereignete sich eine schwere Explosion, als die Kuten zur Lüftung des Laderaumes geöffnet wurden. Ein Matrose wurde getötet und zwei schwer verletzt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.



Tretet her ihr meine Lieben,
Nehmet Abschied, weint nicht mehr,
Hilfe könnt ich nicht mehr finden
Meine Leiden war'n zu schwer.
Jetzt jedoch geh' ich von dannen,
Schließ die müden Augen zu,
Haltet innig treu zusammen,
Gönnt mir doch die ew'ge Ruh.

Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, heute abend 6 1/2 Uhr nach langem, schweren, mit überaus großer Geduld ertragenem Leiden, meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Reinhold Wortmann

[Ida geb. Linde

im Alter von 66 Jahren und 5 Mon. zu sich in den Himmel zu nehmen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Reinhold Wortmann

Karl Wortmann u. Frau Ida geb. Kleine

Karl Schröder u. Frau Anna geb. Wortmann

Adolf Schröder u. Frau Lina geb. Wortmann

Ernst Schröder u. Frau Emma geb. Wortmann

Werner Krämer u. Frau Marie geb. Wortmann

August Schmidt u. Frau Erna geb. Wortmann

und 8 Enkelkinder.

Holt b. Kierspe, Kierspe, Felderhof und Hölterhaus, den 19. Februar 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 22. Febr. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, so diene diese als solche.



Nur wer sie gekannt, kennt unseren Schmerz,
Sie starb uns zu früh.

Heute morgen 2 1/4 Uhr — am Geburtstage ihres verstorbenen Gatten — entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Ww. Fritz Finke

Emilie geb. Starker

im Alter von 50 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Hans Finke

Paul Finke

Fritz Finke

Rönsahl i. W., Selb (Bayern), Apolda (Thüring.), Berlin-Rosenthal, Oberrossel, Eisenach, Northeim (Hann.), Berlin-Steglitz, Dortmund, Schlebusch, den 18. Februar 1933.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Febr., nachm. 1 1/2 Uhr vom Trauerhause aus nach Halver über Anschlag - Bolsenbach statt; in Halver 4 Uhr.

Von Beileidsbesuchen bitten wir höfll. Abstand zu nehmen.

Gewinnauszug

5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

10. Ziehungstag

18. Februar 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 109773 358279
8 Gewinne zu 5000 M. 31019 113754 198135 243654
16 Gewinne zu 3000 M. 31391 49252 184072 348766 355320 364505
379955 399042

82 Gewinne zu 2000 M. 10831 25039 28758 50260 55501 79516
86983 89812 93071 95182 101067 102608 102748 107732 110242
119455 144040 144330 146264 147509 167533 171820 180775 185123
193802 208951 223942 238785 243465 261198 267797 282637 285579
288692 290467 318636 326766 333036 348014 374988 383809

98 Gewinne zu 1000 M. 4870 5221 6578 22900 23534 24472 25869
38177 39992 42905 48919 50665 51013 66890 69682 73491 90558
95395 108481 117568 118080 123196 127224 133715 139602 151084
151351 152288 163982 177681 183094 221032 233626 235381 265136
277014 277650 283904 290791 297898 299366 301028 301111 303669
309338 321375 343414 369840 394188

144 Gewinne zu 500 M. 3190 14768 17967 23769 28531 31777 31784
33616 36086 36333 42352 46536 54080 69031 76707 82885 87367
90489 98993 108517 112547 116832 120484 120575 121565 128900
147813 155425 158875 159398 165421 169996 177383 186857 187700
196174 196959 199199 204535 206037 227414 231194 243772 249118
251893 252481 259631 278966 279053 287114 288539 293564 302584
314201 315308 321356 324582 326542 332745 335346 338469 342732
343332 350749 356837 365876 371466 372529 381671 397406 398765
398611

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 115438 154689
12 Gewinne zu 5000 M. 10166 176890 181633 221349 328943 345593
14 Gewinne zu 3000 M. 94016 132372 152852 183115 201320 220213
321824

60 Gewinne zu 2000 M. 3269 10271 11497 20539 20541 45008
53277 61535 67092 72554 79399 111361 123296 148624 163263
172708 181694 189901 193022 203712 211945 232157 240416 259129
263378 269194 290756 352972 367566 398739

100 Gewinne zu 1000 M. 13323 15805 19570 22726 23544 32303
35780 48352 53955 59685 63862 66842 80345 118501 118585 123626
128765 136138 136160 137438 146021 157196 159196 160661 184436
194542 201988 202215 214239 219248 231196 232874 234381 238297
240962 256094 266503 283540 292697 296941 297534 311687 336901
337124 349767 365637 378285 382359 384904 399494

216 Gewinne zu 500 M. 5341 5691 6938 7283 8571 9884 13861
17538 30233 37597 44863 46529 48650 50086 51036 51677 54477
64138 64523 65438 70989 73805 77577 85848 86399 89660 94319
97531 101628 103617 104968 107261 114073 119102 121616 123648
130835 130897 132482 136110 142843 147652 147942 148715 154562
159460 161689 162663 168603 175154 182187 191003 191393 192145
195641 196604 202300 204803 207507 212246 215392 222423 232336
233656 236985 246898 247139 248348 254677 257054 259774 260684
270669 276300 283902 286689 288265 296385 299671 301312 311855
315373 316482 316971 317141 321314 321928 324661 327693 329136
329657 331214 335029 335922 344236 357474 363768 367355 368730
378998 381086 382458 383538 387701 387909 396040 398326 399348

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000 2 Gewinne zu je 20000, 4 Gewinne zu je 10000, 6 zu je 7500, 8 zu je 5000, 22 zu je 2500, 120 zu je 1000, 312 zu je 500, 634 zu je 300, 1864 zu je 200, 3322 zu je 100, 6400 zu je 50, 18840 zu je 40, und 100 Schlussprämien zu 3000 Mark.

Breckerfeld. — Deffentliche Mahnung.

Hiermit wird an die Zahlung der bereits fällig gewordenen Staats-, Gemeinde-, Kirchenabgaben sowie Feuerlozbeiträge erinnert. Falls bis zum 28. d. M. Zahlung nicht geleistet sein sollte, beginnt mit dem folgenden Tage die zwangsweise Beitreibung der Rückstände.

Auf die Erhebung der Verzugszuschläge bei nicht rechtzeitiger Zahlung wird besonders hingewiesen.

Breckerfeld, den 17. Februar 1933.

Die Kassenverwaltung des Amtes
Breckerfeld als Vollstreckungsbehörde:
Marquardt, Amtsrentmeister.

Adolf Welter, Halver

Versicherungs - Büro

empfiehlt sich zum

Abschluß von Versicherungen aller Art, wie Feuer-, Haftpflicht-, Auto-, Unfall-, Lebens-Versicherungen zu bekannt niedrigen Prämien.

Ebenso vermittele ich:

An- u. Verkäufe

von Wohn- und Geschäftshäusern, landwirtschaftlichen Besitzungen ohne jeden Kostenvorschuß.

— Hypotheken-Vermittlung —

Sämtliche Drucksachen f. d. Industrie

iefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halver

Vaterländ. Frauenverein Kierspe

General- Versammlung

am Dienstag, d. 21. Febr.
nachm. 4 Uhr im Vereinslokal
(Gemeindehaus in Kierspe)

Tagesordnung:

1. Jahres- u. Kassenbericht
2. Vorstandswahl
3. Verschiedenes

Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Landwirtschaftl. Verein Kierspe.

Versammlung

am Dienstag, den 21. Febr.,
nachm. 4 Uhr
im Hotel Plate.

Tagesordnung:

1. Gemeindevahlen.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Für den Winter!

Winterloden-Joppen

m. angewebt. Plaidfutter v. M. 6.40 an.
Westenpullunder v. 2.25—4.90 Mk.,
Pullover, Strickwesten, Biber- und
Normalhemden, Normal- u. Macco-
Plüschunterhosen, Strümpfe i. Wolle,
Handschuhe gestrickt und warm
gefüttert, Fausthandschuhe, Wind-
jacken mit imit. abknöpfbarem Pelz,
Paletots, Lodenmäntel, Wildleder-
hosen in grün, schwarz und braun
von 7.50 Mk. an.
Biber-Bettücher und Schlafdecken
zu äußersten Preisen empfiehlt:

Hugo Nieding, Halver-Berlinerslr. 56

Trauerkleidung

Kleider, Mäntel, Kostüme, Blusen, Röcke usw.
Mustersendung p. Auto sofort bereitwilligst.

D. Leberberg,
Lüdenscheld Ruf 2719.

Reichhaltiges Lager in feinstem

Qualitäts - Porzellan

Marke: Hutschenreuther, Fürsten-
berg, Rosenthal u. s. w.

Kaffee- u. Tafelservice

in allen Zusammenstellungen.

Sammeltassen, Vasen, Schalen,
Keksdosen u. s. w.

Wilh. Bell jr., Halver.

Buch- u. Akzidenz-Druckerei

WILH. BELL JR.
HALVER i. WESTFALEN

Lieferung u. Herstellung
aller ein- und mehrfarbiger

Druckarbeiten

für Privat, Handel, Verkehr u. Gewerbe
in sauberer, geschmackv. Ausführung

Adresskarten, Briefbogen, Couverts,
Rechnungen, Geschäftskarten, Ka-
taloge, Lohnzettel, Zahlkarten /
Geburts-, Verlobungs-, Vermäh-
lungs- und Danksagungs-Karten,
Hochzeitszeitungen, Trauerbriefe,
Einladungen, Flugblätter, Plakate,
Satzungen, Mitgliedskarten u. s. w.
Bücher u. Formulare für Behörden
Als besondere Spezialität empfehle
Kataloge für die Kleinenindustrie
Tausende Klischees stehen kostenlos z. Verfügung

FERNSPRECH-ANSCHLUSS 442 AMT HALVER